



Interviews

Datum: 11. März 2024

Sebastian Fiedler im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Dirk-Oliver Heckmann: Heute ist nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Straftaten und da rücken neben den Opfern rechtsextremistischer und islamistischer Täter dieser Tage auch jene der Roten Armee Fraktion verstärkt ins Bewusstsein, zumal die Festnahme von Daniela Klette erst wenige Tage her ist. 30 Jahre lang war es ihr gelungen, unerkannt zu bleiben. Die Suche nach ihren beiden Komplizen Garweg und Staub läuft auf Hochtouren, bisher aber vergeblich.

Während heute der Opfer terroristischer Straftaten gedacht wird, fand am Samstag in Berlin eine Demo der anderen Art statt. Hier versammelten sich rund 600 Personen, die sich als Unterstützer der ehemaligen RAF-Terroristen zu erkennen gaben. Aus diesem Anlass meldet sich der Vorsitzende der CDU und der Unions-Fraktion Friedrich Merz mit der Forderung zu Wort, die Polizei müsse in die Lage versetzt werden, mit Hilfe KI-gestützter Gesichtserkennungs-Software gegen Straftäter dieser Szene vorzugehen.

Darüber wollen wir sprechen mit Sebastian Fiedler von der SPD. Er ist Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, ehemals Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Guten Morgen, Herr Fiedler.

Sebastian Fiedler: Schönen guten Morgen!

Heckmann: Kommen wir erst mal zur Festnahme von Daniela Klette. Wie kann es denn sein, dass die Polizei 30 Jahre nach ihr und ihrem Komplizen erfolglos fahndet und es Journalisten gelingt, mittels einer KI-Software Klette auf die Spur zu kommen?

Fiedler: Die Geschichte stimmt so nicht nach allen Informationen, die ich habe.

Heckmann: sondern?

Fiedler: Die Polizei hat das ja mehrfach öffentlich verkündet, dass sie schon vor diesem Hinweis selbst Erkenntnisse hatte und es eine Parallelität der Ereignisse gegeben hat. Die Erzählung, die Polizei hätte da jetzt irgendwie die Hände in den Schoß gelegt und Journalisten hätten alleine jetzt den Beitrag dazu geleistet, die stimmt schlicht nicht. Aber man muss, glaube ich, erklären, dass Frau Klette sehr abgeschottet in einem Milieu untergetaucht ist, das es ihr offenbar ermöglicht hat, dass viele Jahre keine Hinweise nach außen getreten sind. Die Software, die jetzt immer wieder in der Diskussion ist, die Gesichtserkennungs-Software, die hätte tatsächlich ab 2022 wohl offenbar einen Treffer erzielen können.

Heckmann: Es ist richtig, es gab offensichtlich einen Hinweis bereits im Spätherbst letzten Jahres. Aber fest steht auch, dass diese Journalisten mittels dieser Software auch auf die Spur von Daniela Klette gekommen sind, und das ist der Polizei nicht gelungen.

Fiedler: Ja, das stimmt. Das ist auch sehr, sehr nachvollziehbar, weil diese Software ja eine ist, die in einer Steueroase sitzt und die eine riesengroße Datenbank aufgebaut hat und die aus guten Gründen ja sehr, sehr stark in der Kritik steht, und auch aus den Reihen der Polizei höre ich berechtigte Kritik an einer Software. Die Forderung, die ich in der letzten Woche schon aufgemacht habe, ist, dass die Polizei eine Software bekommen muss, mit der sie auch rechtlich in der Lage ist, eigenständig zu suchen. Das müsste aber eine andere sein als die, über die wir jetzt hier gesprochen haben. Das wiederum hat mit der Forderung von Friedrich Merz, so wie ich sie gelesen habe, auch nichts zu tun. Es ist etwas komplizierter, das Thema.

Heckmann: Inwiefern?

Fiedler: Friedrich Merz hat sich ja bezogen auf die Demonstration, die Sie gerade angesprochen haben, und hat behauptet, man könne bei Linksextremisten dort keine KI einsetzen. Das ist schlechterdings Unsinn. Ich weiß gar nicht, wie er darauf kommt, aus mehreren Gründen. Zum einen gibt es keine speziellen Eingriffsbefugnisse oder Software für Linksextremisten oder Rechtsextremisten, sondern die gelten gleichermaßen. Aber vor allen Dingen, wenn es Videomaterial oder Bildmaterial gibt, dann kann selbstverständlich schon heute die Polizei auch hier KI einsetzen. Ich

weiß gar nicht, wie er auf diesen Gedanken kommt, dass das nicht möglich sein soll. Das stimmt einfach nicht.

Heckmann: Friedrich Merz sagt, der Datenschutz dürfe nicht zum Täterschutz werden. Das ist also falsch?

Fiedler: In diesem Fall ja. Man muss unterscheiden. Wenn die Polizei schon Datenbestände hat, zum Beispiel eigene Videoaufnahmen, eigene Bilder – man kennt das aus diesem schlimmen Phänomen der Kinderpornographie -, dann darf sie auch Künstliche Intelligenz einsetzen, um diese Datenbestände auszuwerten. Das gilt auch für Videomaterial von Demonstrationen. Da spricht erst mal nichts gegen.

Heckmann: Und das passiert auch?

Fiedler: Es gibt etwas anderes und das ist keine rechtliche Frage, sondern nach meiner Information ist das Thema dort auch aufgemacht, eine Software, die einen Gang erkennen kann, Bewegungen erkennen kann. Die ist erstmalig von Professor Labudde in diesem Goldmünzenraub vor Gericht eingesetzt worden. Ich glaube, im Unterschied zur Gesichtserkennung sind wir bei diesen Fragen technisch noch nicht so weit.

Heckmann: Ist das nicht ein Versäumnis? Muss da nachgesteuert werden?

Fiedler: Wie ich gerade schon sagte: Wenn unsere Universitäten vor ein, zwei Jahren erst am Anfang gestanden haben, dann muss man sagen, die Sicherheitsbehörden tun ja hier alles. Es gibt eine eigene Behörde in Bayern, die sich um solche Fragen kümmert, um die Sicherheitsbehörden hier zu unterstützen. Es ist teilweise etwas komplizierter. Es kommt darauf an, ob man im öffentlichen Internet etwas sucht mittels KI. Da müssen andere Regeln gelten als wiederum live im öffentlichen Raum, oder wenn die Polizei schon Datenbestände sichergestellt hat. Bei Letzterem geht das rechtlich ohne Probleme, aber technisch muss man gucken, was wir da schon haben.

Heckmann: Was muss denn aus Ihrer Sicht jetzt verbessert oder verändert werden?

Fiedler: Ich glaube, der eine Punkt muss auf jeden Fall verbessert werden, nämlich dass die Polizei öffentlich verfügbares Bildmaterial im Internet mit einer eigenen Software durchsuchen können muss, und da, glaube ich, gibt es in der Tat noch eine Grauzone. Da würde ich mir wünschen, dass wir eine eigene Befugnisnorm für diese Fragen für die Polizei bekommen würden. Das ist aber ein Anwendungsfall von vielen. Das darf man nicht so durcheinander vermischen, so wie Friedrich Merz das jetzt hier gemacht hat.

Heckmann: Was ist jetzt bei dem Fall, den Friedrich Merz angesprochen hat, bei diesen RAF-Unterstützerdemonstrationen?

Fiedler: Wie gesagt: Wenn es dort Bildmaterial gäbe, dann darf die Polizei das auch auswerten, und auch mittels KI, wenn sie die zur Verfügung hat. Da gibt es keine rechtliche Grauzone oder irgendetwas, was da mit Datenschutz zu tun hätte. Das hat aus meiner Sicht hier nichts verloren, diese Frage.

Heckmann: Gehen Sie denn davon aus - Burkhard Garweg und Ernst-Volker Staub sind ja weiterhin auf der Flucht -, dass die Polizeien von Bund und Ländern KI-gestützte Bildersuche nutzen, um die beiden zu finden?

Fiedler: Da würde ich mich jetzt etwas blumig äußern, weil die Suche ja erfolgreich sein soll. Ich würde sagen, nach meinen Informationen tun die Polizeibehörden hier wirklich alles, um sie auch so schnell wie möglich zu finden.

Heckmann: Wir werden schauen, wie erfolgreich das am Ende sein wird. – Was haben Sie für einen Eindruck, wenn Sie sich die Bilder der Demonstration am Samstag in Berlin anschauen? Was geht Ihnen da durch den Kopf?

Fiedler: Da geht mir mehreres durch den Kopf. Zum einen geht mir durch den Kopf, dass wir viel zu selten über die Zahlen diskutieren, die öffentlich bekannt sind. Der letzte Verfassungsschutzbericht ist der aus 2022. Da wissen wir eigentlich, dass wir über 36.000 Linksextreme haben, von denen zehn bis 11.000 gewaltorientiert sind. Das Phänomen blitzt immer dann hervor, wenn es irgendwie aus deren Sicht einen Anlass gibt. Denken Sie an Hambacher Forst, denken Sie an andere größere Demonstrationen, Anti-Klima-Bewegungen, wo sie immer wieder auftauchen. Das ist jetzt hier auch ein Fall, wo sie buchstäblich aus den Löchern hervorgekrochen kommen und ihr wahres Gesicht zeigen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es die auch noch gibt. Nur weil wir nicht jeden Tag darüber diskutieren, ist dieses Phänomen nicht vom Tisch.

Heckmann: Ist das in den letzten Jahren ein bisschen in Vergessenheit geraten? Ist die Gefahr, die von Linksextremisten ausgeht, in letzter Zeit unterschätzt worden, weil andere Phänomene wie der Rechtsextremismus oder der islamistisch motivierte Extremismus im Vordergrund standen?

Fiedler: In der öffentlichen Debatte ist das ganz sicher so, wie Sie sagen. Aus Sicht der Sicherheitsbehörden, kann ich mit einem guten Gewissen sagen, ist das keineswegs der Fall, sondern die haben die nach wie vor im Blick.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.